

Pfarrkirchen bei Bad Hall am 28. Oktober 2005

Pfarrkirchner Appell von neun Doktoren der Medizinwissenschaft

Nachdem Betreiberfirmen in Pfarrkirchen/Bad Hall Mobilfunksendeanlagen erweitern wollen haben sich in der 2100-Seelen-Gemeinde nun sieben Ärzte, ein Biologie-Universitätsprofessor und eine Psychologie-Neurologin zu einem Pfarrkirchner Appell zusammengeschlossen und fordern neben dem FREIBURGER Appell vom 9.10.2002, dem BAMBERGER APPELL vom 21.7.2004, dem HOFER APPELL vom 28.5.2005, dem LICHTENFELSTER APPELL vom 5.7.2005, der WARNUNG der WIENER Ärztekammer vom 5.8.2005 und der WARNUNG der Österreichischen Ärztekammer vom 30.8.2005 nachdrücklich:

- 1.) Keinen weiteren Ausbau der Mobilfunktechnologie, denn es handelt sich um unfreiwillige Risiken für die Menschen mit wahrscheinlich dauerhaften gesundheitlichen Belastungen.
- 2.) Reduzierung der Funkbelastung für alle Sendeanlagen auf maximal 1 Mikrowatt pro Quadratmeter in Wohnräumen.
- 3.) Aufklärung der BürgerInnen, Jugendlichen und Kinder über die Benützung von Handys und Schnurlostelefonen und über die Gesundheitsrisiken des Elektrosmog.
- 4.) Kinder und Jugendliche sollten (unter 16 Jahren) Handys nur im Notfall benutzen.
- 5.) Bei aufgetretenen Schäden das Verursacherprinzip beachten.

Mehr als 1500 deutsche Ärzte, Fachärzte und Medizinprofessoren haben die obgenannten Appelle unterzeichnet. Die erfahrenen Mediziner beweisen eine signifikante Häufung folgender Krankheiten in der Nähe von Mobilfunksendeanlagen: Lern-, Konzentrations und Verhaltensstörungen bei Kindern (Hyperaktivität), Blutdruckentgleisungen, Herzrhythmusstörungen, Herzinfarkte und Schlaganfälle immer jüngerer Menschen, Hirndegenerative Erkrankungen, Krebserkrankungen wie Leukämie und Hirntumore, Kopfschmerzen und Migräne, chronische Erschöpfung, innere Unruhe, Schlaflosigkeit und Tagesmüdigkeit, Ohrengeräusche, Infektanfälligkeit, Nervenschmerzen, etc.

Der Pfarrkirchner Appell schliesst sich den genannten Appellen an, hält den weiteren Ausbau des Mobilfunknetzes für bedenklich und appelliert an Politiker, Wissenschaftler und Verantwortliche des Gesundheitswesens, dem im Grundgesetz garantierten Schutz von Leben und Gesundheit wieder den Vorrang einzuräumen.